

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„**Berliner Volksblatt**“

mit der Gratisbeilage

„**Illustrirtes Sonntagsblatt.**“

Der Abonnementspreis des

„**Berliner Volksblatt**“

mit der wöchentlichen Gratisbeilage

„**Illustrirtes Sonntagsblatt**“

beträgt für Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungspediteuren, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstr. 44, entgegengenommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für den Monat Dezember gegen Zahlung von 1 M. 34 Pf. an.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Nochmals die Sozialreform.

Wir haben unlängst im Verein mit anderen Blättern unserer Anschauung Ausdruck gegeben, daß die „Sozialreform“ der Regierung in ein Stadium des Stillstandes eingetreten sei. Direkt gegen diese Anschauung, die eine sehr verbreitete ist, richteten sich die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs von Bötticher in der Reichstagsitzung vom 21. November, welche besagten, die Regierung wolle erst abwarten, ob die auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes neugeschaffene Organisation sich bewähren werde. Erst dann würde man daran gehen können, auf derselben Grundlage, d. h. auf der berufsgenossenschaftlichen Organisation, auch eine Alters- und Invalidenversorgung zu errichten.

Mit dieser Erklärung ist also doch zugegeben, daß ein Stillstand eingetreten ist. Man will abwarten. Sachlich läßt sich dagegen allerdings nichts oder nicht viel einwenden. Man wird unserer Meinung nach bald genug zu dem Resultat kommen, daß die berufsgenossenschaftlichen sich nicht bewähren. Und ohne das hat es, wenn die Alters- und Invalidenversorgung auf derselben Grundlage aufgebaut werden soll, wie die Unfallversicherung, gar keine besondere Eile damit.

Das hätte allerdings die Regierung nicht hindern können, ihre Anschauungen und ihre Pläne in Bezug auf die Alters- und Invalidenversorgung darzulegen. Die Berufs-

genossenschaften beziehen sich doch nur auf die innere Organisation und Verwaltung der durch sie getragenen Institute. Die wichtigste Frage, die Ausbringung der Mittel für eine genügende Alters- und Invalidenversorgung, wird durch die Berufsgenossenschaften gar nicht berührt. Und doch ist es von der größten Wichtigkeit, diese Frage bei Zeiten eingehend zu diskutieren. Offenbar ist sich die Regierung bis jetzt noch nicht klar geworden, woher die Mittel kommen sollen; daher wird die ganze Angelegenheit einseitigen verlagert und man begnügt sich damit, die Wirkungen der Unfallversicherung zu beobachten.

Das aber steht fest: wenn die Alters- und Invalidenversorgung auf denselben Grundlagen wie die Unfallversicherung eingerichtet werden soll, so ist ihr von vornherein das Schicksal gesichert, bei den Arbeitern unpopulär zu sein. Man weiß, daß die Berufsgenossenschaften in ihrer gegenwärtigen Form eine sehr einseitige Organisation sind. Sie weisen dem Arbeitgeber eine Reihe von Befugnissen zu, die der Arbeiter nicht hat. Eine jede selbstständige Stellung des Arbeiters ist auf der Grundlage der Berufsgenossenschaften ausgeschlossen. Was den Arbeitern an „Vertretung“ und an Befugnissen bei der Unfallversicherung verblieben ist, erscheint so unbedeutend, daß es gar nicht in Betracht kommen kann.

Herr von Bötticher ließ zwar durchblicken, daß von anderer Seite eine andere Inangriffnahme die schwierige Materie der Alters- und Invalidenversorgung in Aussicht genommen sei. Er sagte indessen weder welcher Art die andere Anschauung ist, noch von wem sie ausgeht. Deshalb ist darauf auch kein Gewicht zu legen.

Wir müssen heute nochmals betonen, daß es eine veraltete Anschauung ist, wenn man annimmt, die Arbeiter könnten ihre eigenen Interessen nicht selbst wahrnehmen und könnten die zu ihren Gunsten zu schaffenden Organisationen nicht selbst verwalten. Sie können das so gut wie alle anderen Klassen der Gesellschaft, dafür giebt es Belege genug; allein trotzdem hat man ihnen bei der Kranken- und Unfallversicherung keine Selbstverwaltung gewährt. Man sollte sich über unsere öffentlichen Zustände doch nicht täuschen. Seit etwa hundert, vielleicht seit noch mehr Jahren ist eine große soziale Umgestaltung im Gange, die man am besten als die Demokratisierung der Gesellschaft bezeichnet. Früher regelte sich das öffentliche Leben nach Vorrechten und Vorurteilen, die eingebürgert und verhärtet waren; heute haben wir einen allgemeinen Kampf der Klasseninteressen und niemand, der gleiches Recht für Alle gelten lassen will, kann den Arbeitern das Recht streitig machen, ihr Klasseninteresse zu wahren. Deshalb wird es immer ein Fehler sein, wenn

die Arbeiter bei öffentlichen Einrichtungen, die ihre eigenen Interessen betreffen, nicht ihre volle Selbstständigkeit gewahrt erhalten.

Das einzusehen sollte nicht so schwer sein. Allein unsere Industriellen und großen Unternehmer fassen ihre Stellung falsch auf. Sie glauben, daß derjenige, der ihnen Lohnarbeit leistet, auch in allen sonstigen Verhältnissen von ihnen abhängig sein müsse; sie glauben auch, seine politische Anschauung, seine Lebensweise, seine ganze Art der Auffassung nach ihrem Willen beeinflussen zu können und sie sind deshalb auch der Meinung, daß sie die innere Ordnung der verschiedenen Versicherungsformen besser zu verwalten im Stande seien als die Arbeiter selbst. Leider haben die Industriellen und großen Unternehmer es verstanden, diese ihre Anschauungen und Vorurteile auch Anderen beizubringen, so daß Kranken- und Unfallversicherung ihren Wünschen entsprechend eingerichtet worden sind.

Wenn, was nicht zu bezweifeln ist, zur Alters- und Invalidenversorgung Reichs- oder Staatszuschüsse zu leisten sind, so werden die entsprechenden Summen nach den heute gebräuchlichen Steuerformen erhoben und dann fällt immer wieder der Hauptanteil davon auf die Arbeiter. Da wäre es denn doch nicht mehr als billig, wenn man ihnen auch freie Verwaltung gewähre für die zu ihren Gunsten ins Leben gerufenen Institutionen, deren Kosten sie fast sämtlich selbst tragen. Wo diese freie Verwaltung fehlt, da erscheinen jene Institutionen nicht gerade so, als ob sie zu Gunsten der Arbeiter geschaffen wären.

Nach alledem hat man sonach keinen Grund, an die künftige Alters- und Invalidenversorgung irgend welche hochgepannten Erwartungen zu knüpfen.

Politische Uebersicht.

Der Verein der Spiritusfabrikanten läßt durch seinen Vorstand folgenden Aufruf veröffentlichen:

„Die Noth, in welcher sich unser landwirthschaftliches Gewerbe durch den Niedergang der Spirituspreise befindet, ist der Hauptsache nach verursacht durch die in der Befreyung der konkurrierenden Staaten liegenden hohen Exportprämien. Gegen diese Prämien kann in Deutschland der Kampf nur im Wege der Befreyung mit Erfolg aufgenommen werden. Es ist deshalb eine sofort eintretende Steuerreform, welche die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Spiritus auf dem Weltmarkt wieder herstellt, ohne eine vermehrte Produktion hervorzuufen, nöthig. Wenn diese Reform nicht eine gleichzeitige Erhöhung der Staatseinnahmen bezweckt, so sehen wir einer weiteren Reform, zu dem Zwecke, die Staatseinnahmen aus dem Branntwein wesentlich zu erhöhen, doch mit Vertrauen und Ruhe entgegen, sofern durch dieselbe:

1. die Exportfähigkeit des deutschen Spiritus gefördert wird,

worden ist, wirst Du zugeben; es ist ja vorauszusehen, daß die Verzichtleistung des Obersten die Luft eher erweitert, als überbrückt. Deshalb wäre es Thorheit, die Bemühungen des Assessors noch länger protegieren zu wollen, man schafft dadurch nur Unfrieden. Herr von Barmelow hat vor einiger Zeit mich gebeten, ihn meiner Familie vorzustellen; er stammt aus einer sehr angesehenen Familie, und gegen eine Verbindung mit ihm wäre meines Erachtens kein Einwurf zu erheben.“

„Herr von Barmelow?“ wiederholte die Generalin sinnend, „ich erinnere mich nicht, diesen Namen jemals vernommen zu haben.“

„Kann sein, Abelaide,“ erwiderte Rabe achselzuckend, „ich kenne den Herrn schon seit längerer Zeit, Arabella.“

„Sie hat darüber allein zu bestimmen,“ unterbrach Frau von Stuckmann ihn, „mag sie ihre Wahl nach ihrem Ermessen treffen, ich darf ja die Ueberzeugung hegen, daß sie nur nach ernstlicher, reiflicher Ueberlegung sie treffen wird.“

„So mag eine Bürgerfrau denken, aber eine Generalin von Stuckmann muß die Anschauungen ihres Standes vertreten. Und in Deinen Kreisen ist es Sitte, daß nicht die Kinder, sondern die Eltern die Wahl treffen.“

„Muß ich, wenn eine Thorheit zur Sitte geworden ist, dieser Thorheit mich fügen?“

„Ich kann das nicht Thorheit nennen. Blicke auf Deine eigene Vergangenheit zurück. Du warst jung, schön und lebenslustig, aus eigener Neigung würdest Du dem alten General Deine Hand nicht gegeben haben, und wenn unser Vater damals Dir die Wahl freigestellt hätte, so wäre ein Anderer Dein Gatte geworden. Der Vater befahl und Du gehorchtest, und Du dankst ihm noch heute dafür, daß er diese glänzende Zukunft Dir verschafft hat.“

Die Generalin blickte schweigend vor sich hin, ein herber, schmerzlicher Zug umjagte ihre Mundwinkel, der Behauptung ihres Bruders schien sie doch nicht so ganz verpflichtet zu können.

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von

Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Nun, man kann ja darüber verschiedener Ansicht sein! Was willst Du nun thun?“

„Mich nach einer anderen Wohnung umsehen und so dann dem Oberst seinen Antheil zur Verfügung stellen.“

„Fürchtest Du nicht, dadurch Dich neuen Demüthigungen auszuliefern?“ fragte Rabe ironisch.

„Bewahre! Ich persönlich werde mit ihm nicht mehr in Verbindung kommen; das Gericht mag fortan die Verantwortung übernehmen, ihm gegenüber wird er alsdann auch seine endgiltige Erklärung abgeben müssen.“

„Und wenn diese Erklärung wiederum eine Verzichtleistung ist?“

„Ich glaube das nicht.“

„Kennst Du den eigensinnigen Troß Deines lieben Schwagers noch immer nicht?“ spottete Rabe.

„Er wird auch jetzt konsequent bleiben.“

„Thut er's, so mag das Gericht über dieses Verbrechen verfügen,“ sagte die Generalin mit entschlossener Ruhe, „ich habe dann meine Pflicht gethan, und kein Vorwurf kann mich treffen.“

Billibald Rabe schüttelte mißbilligend den Kopf.

„Man kann in der Erfüllung einer Pflicht, die man selbst sich auferlegen zu müssen glaubt, auch zu weit gehen,“ erwiderte er mit scharfer Betonung. „Hast Du es nicht auch als Deine Pflicht betrachtet, den Selbstmord Georgs gerichtlich untersuchen zu lassen? Die Folgen dieser Untersuchung werden uns höchst unangenehm sein.“

„Die Akten sind bereits geschlossen,“ unterbrach die Generalin ihn, „die Untersuchung wird nicht weiter geführt.“

„Hat der Assessor Dir das gesagt?“

„Ja, ich habe ihn gebeten, die Sache ruhen zu lassen.“

„Und was bewog Dich zu dieser Bitte?“ fragte Rabe mit einem lauernden Blick auf die schöne Frau.

„Einen besonderen Grund hatte ich dazu nicht.“

„So hättest Du sie auch nicht aussprechen dürfen, Abelaide, die Akten müßten ohnedies geschlossen werden, der Assessor fand ja keine Spur, die er verfolgen konnte.“

„Er war über diesen Punkt anderer Ansicht,“ erwiderte die Generalin ernst. „Sprach er auch keinen bestimmten Verdacht aus, so konnte ich doch aus seinen Aeußerungen entnehmen, daß ein solcher Verdacht in seiner Seele ruhte. Und deshalb hat ich ihn, die Sache ruhen zu lassen, man kann ja nie voraus wissen, wie eine Untersuchung endet, wenn überzeugende Beweise fehlen.“

„Man hätte sie überhaupt unterlassen sollen! Dem Dienstpersonal ist durch sie Stoff zu Vermuthungen geboten worden, es wird nicht unterlassen, diese willkommene Gelegenheit wahrzunehmen.“

„Und was kann uns das kümmern? Wir können Niemanden Schweigen gebieten, und aus der Luft gegriffene Vermuthungen —“

„Du kennst die Tragweite solcher Vermuthungen nicht, Abelaide! Die Behauptung des alten Schwachkopfes, daß Joseph ihm die Papiere gestohlen habe, hat böses Blut genug gemacht, man hätte dieser Anklage kräftiger entgegenzutreten müssen, aber in die Entlassung des Gärtners wolltest Du ja nicht einwilligen. Jetzt kommt die Neue zu spät und die Folgen müssen wir leider tragen.“

Die Generalin blickte ihren Bruder mit würdevollem Ernst an.

„Ich für meine Person habe diese Folgen nicht zu fürchten,“ erwiderte sie, „deshalb kann ich über Deine Vorsorgnis ruhig hinweg gehen.“

„Wella wird dasselbe sagen, und doch hat sie uns die Suppe eingebrockt! Apropos, ich erinnere mich da an etwas, worüber ich mit Dir reden wollte. Daß die Erfüllung Deines Wunsches in Bezug auf die Zukunft Deiner Tochter durch die Auffindung des Testaments unmöglich ge-

2. die Kartoffel als hauptsächlichstes Material zur Spiritusfabrikation gewählt,
3. der Kleinbetrieb gegenüber dem großen Betriebe in angemessener Weise begünstigt wird,
4. eine Stärkung des Betriebes der Preßhefabriken erreicht und endlich
5. eine Anreizung zur Verstärkung der Produktion ausgeschlossen wird.

Allo, schafft Raum für den deutschen Fusel, besteuert die Einfuhr von Kartoffeln und monopolisiert das herrliche Stoffbrennen, das ist im Wesentlichen das Programm der Spiritusfabrikanten. Nachdem so ihrer bitteren Noth abgeholfen ist, sind sie auch gern bereit einen Nickel dem Staatsfiskus zu opfern. Freilich können die großen Brenner die „kleinen“ nicht ganz bei Seite lassen und so marschieren die feindlichen Konkurrenz-Arm in Arm, ihr Jahrhundert in die Schranken fordernd.

Herr von Kardorff und Genossen werden im Reichstage sicher das Glend ihrer Kollegen in den düstersten Farben schildern und die Reichstagsmajorität hat ja immer ein gutes Herz gehabt, wenn es sich darum handelte, die Noth der leidenden Landwirthschaft zu lindern. Worum sollte sie diesmal anders handeln, da doch die armen Spiritusbrenner zumeist auch arme Landwirth sind? Ob bei dieser Gelegenheit auch einmal der Lage der ländlichen Arbeiter, welche bei den Schnapdbrennern beschäftigt werden, gedacht wird? Wohl schwerlich! Von den Arbeitern scheint man anzunehmen, daß sie mit einem gewissen Ueberfluß an Gütern zu kämpfen haben, und daß sie somit eines Schutzes nicht bedürfen. Hoffentlich sehen die Arbeiter dies schließlich selbst ein und veranlassen in Konsequenz dieser Erkenntniß ihre Kollekte, um der Noth der armen Spiritusfabrikanten ein Ende zu machen.

Diätenklagen des Fiskus. Das abweisende Urtheil des Breslauer Landgerichts in der Diätenklage des Fiskus gegen den Reichstagsabgeordneten K r a e t z e r gründet sich in erster Reihe darauf, daß der Artikel 32 der Verfassung dem Fiskus nicht klar und deutlich zur Seite stehe. Allerdings nehmen die Staatsrechtslehrer v. Martiz, v. Mohl, Laband und Born an, daß der Artikel 32 den Reichstagsabgeordneten den Bezug von Entschädigungen aus Parteimitteln unterlag, aber ebenso gewichtige Stimmen, wie die der Staatsrechtslehrer von Köhne, Meyer und des bayerischen Finanzministers Nibel haben sich im entgegengeetzten Sinne geäußert, daß durch den Artikel nur der Empfang der Diäten aus öffentlichen Fonds verboten werden sollte. Die Begriffe „Besoldung“ und „Entschädigung“ decken sich durchaus nicht mit den Begriffen „Schenkungen“ und „Zuwendungen“. Abgesehen von der Rechtsfrage führt das Urtheil noch folgendes aus: Das Bewußtsein, Tagelöhner zu einem wider die Ehrbarkeit laufenden Zweck angenommen zu haben, könne dem Verurtheilten nicht innegewohnt haben, da sich so gewichtige Stimmen, wie oben erwähnt, für die Annahme von Diäten aus Parteimitteln ausgesprochen hatten. Ferner seien die Zahlungen von Diäten viele Jahre hindurch unbeanstandet erfolgt.

Nach einem Telegramm aus Insterburg wurde auch dort der Fiskus mit seiner Diätenklage gegen den Abgeordneten D i r i c h l e t abgewiesen. Das ist bereits der vierte Fall. Die offiziöse „Nordd. Allg. Zig.“ hat mit ihren Ansichten also nirgends Anhang gefunden.

In der Angelegenheit der Karolineninseln soll, wie der „Köln. Zig.“ offiziös aus Berlin telegraphirt wird, eine grundsätzliche Einigung zwischen Deutschland und Spanien auf der durch die päpstliche Vermittelung angeregten Grundlage erzielt sein. Die letzten Verhandlungen hätten die Einzelheiten, sowie die Art und Weise der Ausführung zum Gegenstande gehabt. Man hat Grund anzunehmen, daß Deutsch und mindestens die schon mehrfach erwähnten Sicherheiten und Vortheile (freien Handelsverkehr und eigene Kohlenstationen) erlangt habe. Madrider Depeschen besagen ferner, das endgültige Protokoll in der Karolinenfrage solle am 5. Dezember unterschrieben werden.

Der Staatszuschuß für die Unterhaltung der Gefangenen betrug in Preußen:

1875:	435 Millionen Mark,
1876:	5,08 „
1877/78:	5,49 „

Der Staat, dessen Schulmeister die Schlacht bei Sadowa angeblich gewonnen habe, würde sicherlich seine Ausgaben für diesen Staatsposten ganz bedeutend vermindern können, anstatt daß dieselben wie bisher rapide anschwellen, wenn er thätkräftig für Volksschulen und für Hebung der materiellen Lage des arbeitenden Volkes einträte. Preußen ist ja die Spitze des Deutschen Reichs, und Fürst Bismarck hat die Klinke der Gesetzgebung in der Hand. Hier ist Abodus, hier tanze!

Die Auswanderung nach Ostafrika ist ein Luxus, den sich nur bemittelte Leute erlauben können. Die „Weser Zig.“ hat darüber eine Berechnung angestellt, der wir folgen des entnehmen. Kosten der Reise, Ausrüstung und Landbauauf 2000 M. Die Erbauung von Wohnungen und sonstigen Gebäuden 5000 M. Ein Kapital von 5000 M., um 5 Jahre hindurch die Rentabilität der Kapitalanlage abzuwarten. In-

„Die alten Erinnerungen soll man nicht wecken,“ sagte sie nach einer Pause; „und ob ich nicht an der Seite eines Andern, eines geliebten Mannes glücklicher geworden wäre, darüber können wir Beide nicht urtheilen, mit Sicherheit läßt diese Frage sich ja nicht beantworten. Der Glanz blendet oft, aber es ist nicht immer gebildenes Gold. Wenn Herr v. Barnelew wünscht, uns vorgestellt zu werden, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, ich werde ihn so freundlich aufnehmen, wie es jeder Gast von mir erwarten darf.“

„Barnelew war bereits hier —“
 „Wann?“ fragte die Generalin überrascht.
 „Vor einer Stunde, und da Arabella gerade im Garten war, so erlaubte ich mir, die Beiden einander vorzustellen.“
 „Und wie war der erste Eindruck, den er auf Arabella machte?“

„Ich halte nicht viel von ersten Eindrücken, Adelaide, ich habe oft genug erfahren, wie sehr sie täuschen können. Herr v. Barnelew wählte ein sehr unglückliches Thema zur Unterhaltung, er glaubte, seine sehr oberflächlichen Kenntnisse auf dem musikalischen Gebiete zum Besten geben zu müssen, er mochte wohl wohl nicht ahnen, welchen gefährlichen Weg er betrat. Und liebenswürdig war Arabella auch nicht, aber ich will ihr deshalb keinen Vorwurf machen, der plötzliche Tod des Chirurgen hat ihr Gemüth zu gewaltig erschüttert.“

„Deshalb hättest Du besser gethan, Herrn v. Barnelew heute nicht vorzustellen,“ erwiderte die Generalin, deren Lippen jetzt ein feines Lächeln umspielte. „Hat er in den Augen Arabella's sich lächerlich gemacht, so wird er schwerlich Gnade finden, Du kennst sie ja in diesem Punkte.“
 „Zawohl, ich kenne die zähe Hartnäckigkeit, mit der sie an einer jedes Grundes entbehrenden Antipathie festhält,“ sagte Rabe mit bitterem Spott.

„Sprechen wir weiter nicht darüber,“ fuhr die Generalin fort; „ich kann Dich ja doch nicht zu dem Geständniß bewegen, daß diese Antipathie auf Gegenseitigkeit beruht. Sei so gut und gib mir ein genaues Verzeichniß meiner Werthpapiere —“
 „Zu welchem Zweck, Adelaide?“

gesammt kostet also die Auswanderung nach Ostafrika für eine ledige Person mindestens 12000 M. Mit dieser Summe aber kann man sich in der Heimath eine bessere Existenz gründen, als in dem fieberhaften Ostafrika.

Amnestie in Schaumburg-Lippe. An der Spitze des amtlichen Theils der Nr. 93 der „Anzeigen des Fürstenthums Schaumburg-Lippe“ vom 21. November 1885 ist folgendes zu lesen:

Höhere Bekanntmachung.

In Veranlassung des höchst erfreulichen Festes des 25jährigen Regierungsjubiläums Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des Fürsten haben Höchstersele gnädigst geruht: Alle wegen Uebertretungen bis zur Höhe von 15 M. oder einer Woche Freiheitsstrafe erkannten und noch nicht verbüßten Strafen — jedoch mit Ausschluß der auf Grund des § 361 Nr. 3-8 des Strafgesetzbuches (wegen Landstreicherei, Beistehens u. s. w.) festgesetzten Strafen — zu erlassen, sowie die Untersuchungen wegen der bis zum 21. November 1885 begangenen Uebertretungen, welche im Höchstbetrage mit Geldstrafe bis zu 15 M. oder mit Freiheitsstrafe bis zu einer Woche bedroht sind, niederzuschlagen. Sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden des Landes haben sich hiernach zu richten und dementsprechend zu verfahren. Bückeburg, den 21. November 1885. Fürstlich Schaumburg-Lippische Landesregierung. Spring.

Durch diesen Regierungsakt wird den außerhalb dieses Ländchens wohnenden Deutschen dessen selbstständige Existenz wieder einmal in die Erinnerung zurückgerufen. Die Zahl der Amnestirten dürfte bei dem Umfang des Fürstenthums schwerlich eine wesentliche sein, da Sr. Durchlaucht nur beliebte, Uebertreter zu begnadigen und auch noch die Landstreicher und Bettler von der Gnade ausgeschlossen hat.

Ausgaben für Westafrika. Nach der Druckschrift über die Organisation in den westafrikanischen Kolonien werden im laufenden Jahre von dem Pauschquantum für die Kolonien im Betrage von 248000 M. unter anderen verausgabt: Zum Bau des Regierungsgebäudes in Kamerun 86000 M., für Errichtung einer offenen Gerichtshalle und eines Wachtgebäudes dazu 10000 M., für Miete eines vorläufigen Dienstgebäudes in Kamerun 2150 M., Kosten einer für den Gouverneur angekauften fünfstrahligen Sig 400 M., Kosten der für Polizeimannschaften in Kamerun und Togo angekauften 130 Stück Kavallerie-Karabiner nebst 26000 Stück Patronen 5821 M., für die Unterhaltung einer Polizei Mannschaft in Westafrika 15000 M., zur Remuneration eines Dolmetschers in Kamerun und acht dafselbst beschäftigter Krulente 2960 M. Der Gouverneur von Kamerun empfängt jährlich 30000 M. die beiden Kommissarien in Angra Pequena und Togo und der Kanzler in Kamerun je 12000 Mark, die Sekretäre in Kamerun, Angra Pequena und Togo je 6000 M. und die Amtsdienere für diese Gebiete je 3000 M.

Zur Orientirung liegt folgende sehr bemerkenswerthe Mittheilung vor: Die Repräsentanten der Großmächte haben an den serbischen Minister des Aeußeren eine Note gerichtet, in welcher sie demselben mittheilen, daß Rußland vorgeschlagen habe, durch eine gemeinsame Rundgebung den Feindseligkeiten zwischen Serbien und Bulgarien und damit dem weiteren Blutvergießen ein Ende zu machen. Die Mächte sind einig für dieses Werk der Menschlichkeit, und die in Belgrad weilenden Repräsentanten von Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben diesen Entschluß zur Kenntniß der serbischen Regierung gebracht und um Mittheilung ersucht, welche Entschlüsse die letztere darauf hin fassen werde. Die Bevandten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens schließen sich in Erwartung näherer Instruktionen seitens ihrer resp. Regierungen einem Schritte an, der, wie sie glauben, ganz mit den Intentionen der von ihnen vertretenen Mächte übereinstimmt. Diese Note beantwortete der Minister Garaschanin mit der Mittheilung, daß er dieselbe sogleich zur Kenntniß des Königs Milan gebracht hat. Hierauf hat König Milan sofort den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten ertheilt und die Befehlshaber der serbischen Truppen vor dem Feinde mit der Anweisung versehen, den ihnen gegenüberstehenden Führern der bulgarischen Armee von diesem Entschluß Kenntniß zu geben.

Ueber Paris kommt die Nachricht, daß der Fürst von Bulgarien das Anerbieten des Königs von Serbien, die Feindseligkeiten einzustellen, nicht angenommen habe.

In österreichischen Kreisen haben die Erfolge der Bulgaren eine große Beunruhigung hervorgerufen. Einzelne Journale fordern energisches Eingreifen Oesterreich-Ungarns zu Gunsten Milans. In Wien haben sehr ernste Beratungen stattgefunden, in denen alle jene Eventualitäten erwogen wurden, welche in Folge der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz eintreten können.

Die „Times“ läßt sich aus Konstantinopel melden: „Der Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Serbien und Bulgarien hat die Beforgniß der Porte betreffs der Absichten Griechenlands trotz der hier eingegangenen Versicherungen erhöht. Die Flottenrüstungen werden mit größter Eile betrieben, und fünf Panzerschiffe haben Befehl in erster Reihe nach Salonik abzugehen und sich nach griechischen Gewässern zu be-

„Ich will die Papiere bei einem Bankier deponiren.“
 „Bei einem Bankier? Fürchtest Du vielleicht, sie seien Dir in meinen Händen nicht mehr sicher?“
 „Gabe ich das behauptet, Willy?“
 „Kann ich einen anderen Schluß aus Deiner Forderung folgern?“ fragte Rabe vorwurfsvoll.
 „Gewiß, denn dieser andere Schluß liegt sehr nahe. Ich werde das Schloß in den nächsten Tagen verlassen, und wie Du mir bereits gesagt hast, wirst Du mich in meine neue Wohnung nicht begleiten — oder ist Dein Entschluß in dieser Beziehung ein anderer geworden?“

„Nein.“
 „Nun wohl, wo soll ich also mit meinen Papieren bleiben? Ist es nicht das Einfachste und Kürzeste, wenn ich ihre Verwaltung einem Bankier anvertraue?“
 „Ich würde das nicht thun, Adelaide; wenn der Bankier an der Börse Harzard spielt, wird er —“
 „Ich werde nur einem soliden Bankhause mein Vertrauen schenken, und ich erwarte, daß Du mir mit Deinem Rathe zur Seite stehen wirst.“

„Sehr gerne, aber damit hat's ja noch Zeit!“
 „Was man heute thun kann, soll man nicht auf morgen verschieben,“ erwiderte die Generalin, „also sei so gut und gib das Verzeichniß.“

„Heute noch?“
 „Liegt denn keins bei den Papieren?“
 „Nein — wozu auch? In dem eisernen Schranke sind die Dokumente ja gut aufgehoben, sie können weder gestohlen noch durch Feuer vernichtet werden, also —“
 „Dann sei so gut und fertige ein Verzeichniß für mich aus.“

„Wenn Du es wünschst, soll es geschehen,“ erwiderte Rabe, während er an den Spitzen seines Schnurrbarts drehte. „Aber für heute kann ich es Dir nicht mit Sicherheit versprechen.“

„So warte ich bis morgen. Und noch Eins,“ fuhr die Generalin fort, „ich habe vor einiger Zeit ein Wechselformular unterzeichnet, was ist aus dem Papier geworden?“

Sichtbar verlegen schlug Rabe die Augen nieder.

geben beim ersten Heiden von einer Angriffsbewegung an der Grenze, wo circa 100000 Mann türkische Truppen unter dem Befehle des Marschalls Sub Pascha bereitgehalten werden.“

Holland.

Aus Amsterdam wird unterm 24. November berichtet: Heute Abend fand wiederum eine zahlreich besuchte Versammlung von Sozialdemokraten statt, an welcher auch mehrere Frauen theilnahmen. Es wurden aufreizende Reden gegen die Regierung und das Kapital gehalten. Als der im Saale anwesende Polizeikommissar einen Redner aufforderte, sich zu mäßigen, entstand ein furchtbarer Tumult. Die Sozialdemokraten ergrieffen Stühle, um sich nöthigenfalls zur Wehre zu setzen. Auf ein Zeichen des Polizeikommissars drangen in dessen einige 50 Polizeigenossen in den Saal und raumten denselben in kurzer Zeit mit der blanken Waffe. Die Menge sammelte sich darauf in einzelnen Gruppen vor dem Gebäude, zerstreute sich indeß alsdann, ohne daß es zu weiteren Unruhestörungen kam. — Ob dieser Bericht in allen seinen Punkten auf Wahrheit beruht, muß dahingestellt bleiben; augenscheinlich ist er aus einer den Sozialdemokraten höchst feindlichen Quelle geflossen.

Frankreich.

Die Tongking-Frage verursacht dem französischen Kabinett viel Kopfschmerzen. Zur Fortsetzung der Eroberungen verlangt das Ministerium wiederum einige Millionen und die Kammer hat diese Forderung zur Vorprüfung einem Hauptauschuß von 33 Personen zugewiesen. Von den 33 Mitgliedern sind 23 darunter 10 Monarchisten, und die übrige Räumung Tongking's, sobald sie thunlich ist, nur 8 sind für das Festhalten der Eroberung. Dieses für die Regierung ungünstige Ergebnis kam durch Zusammengehen der Rechten und der äußersten Linken zu Stande. Die Anhänger der Räumungspolitik erklärten Frankreichs Fahnenehre durch die errungenen Siege befriedigt; sie halten die Zusammenfassung der Kräfte Frankreichs in Europa für nöthig und sind überzeugt, daß Tongking nie seine Kosten decken, nie ein Markt für französische Waaren sein wird. Sie fordern die Vorbereitung der Räumung und allenfalls bloß die Wahrung eines Beobachtungspostens in den ostafrikanischen Gewässern, etwa der Fischerinsel. Die offiziöse „Rep. Franc.“ ist über diese Beschlüsse verärgert, sie hofft indeß noch, daß die Kammer sie nicht gutheissen werde. Jedenfalls werde sich weder Brisson noch Freycinet und Floquet zu ihrer Durchführung hergeben, und die Republik, welche für die Räumung stimmen würde, müsse sich für machen, daß sie bei einem Ministerium Clémenceau angekommen sei.

— In Frankreich ist von 1841 bis 1878 gewachsen

	1841	1878
die Bevölkerung von 100 auf	107	135
„ Polizeigenossen „	100	135
„ Kriminalität „	100	200
der Alkoholkonsum „	100	276

Welcher Fortschritt in der Zunahme an Verbrechern, Verheimpolizisten und Schnapshäusern, welch drastischer Beweis für die moderne „Kultur“!

Spanien.

Ein dem englischen auswärtigen Amte aus Madrid vergangenes Telegramm meldet, daß König Alfonso von Spanien gestern Morgen 9 Uhr an durch Sypanterie beschleunigter Schwindsucht gestorben ist. Alfonso ist der Sohn der ehemaligen Königin Isabella, welche bekanntlich seiner Zeit des Landes verwiesen wurde. Nach spanischem Thronfolgerecht geht die Krone mangels direkter männlicher Erben auch auf die Infantinnen über. Es wäre somit, wenn nicht der zu erwartende Span ein Prinz ist, die fünfjährige Prinzessin die Thronerbin von Spanien, während die Regentenschaft der Königin Wittwe zöge. Es läßt sich indeß kaum annehmen, daß die Erbfolge sich so glatt regeln wird, im Vordergrund stehen die Republikaner und die karlistischen Bestrebungen werden sicher durch den Tod Alfonso's neue Nahrung erhalten.

Schweden und Norwegen.

Einem Telegramm aus Stockholm zufolge wurde der Redakteur der „Sveriges Tidning“, Berggren, wegen Majestätsbeleidigung, sowie wegen Verleumdung des königlichen Hauses des Prinzen und der Prinzessin von Wales zu vierjähriger Strafarbeit verurtheilt.

Großbritannien.

Bis gestern waren bei den englischen Wahlen 36 Konervative, 35 Liberale und 2 irische Nationalisten gewählt worden. Dillie ist in Chelsea mit 4291 Stimmen gewählt worden. Der konservative Kandidat Witmore hatte 4116 Stimmen. Bei der am Montag stattgehabten Nomination wurden, da kein Gegenkandidat vorhanden war, unbeanstandet gewählt: G. Richard und G. H. James für Vertrepr Lyddel, Ch. P. Willers für die südliche Abtheilung von Wolderhampton und Robert Ferguson für die Stadt Carlisle. Die letztgenannten vier Abgeordneten sind sämmtlich liberal und schon schon im vorigen Parlament. Willers gehört dem Parlament bereits seit dem

„Es liegt noch beim Justizrath Walthers,“ erwiderte er.
 „Ein Vergleich ist also nicht zu Stande gekommen?“
 „Nein.“
 „Und Du hast den Wechsel —“
 „Aber ich bitte Dich, wie kannst Du Dir deshalb Sorgen machen? Der Justizrath Walthers ist ein Ehrenmann, er wird von dem Papier keinen Gebrauch machen.“

„Und wenn einer seiner Schreiber es thäte?“
 „Das ist undenkbar!“
 „Behaupte das nicht?“
 „Ich darf es behaupten, der Justizrath weiß den Werth eines solchen Papiers zu würdigen, ließe er es aber trotzdem in andere Hände fallen, so müßte er auch die Verantwortung auf sich nehmen.“

Die Generalin schüttelte ungeduldig das Haupt.
 „Damit kann ich mich nicht beruhigen,“ entgegnete sie, „wenn ich dieses Haus verlasse, müssen alle noch schwelenden Angelegenheiten geordnet sein, es ist dann Sache des Obersten, die ausstehenden Forderungen einzuziehen. Ich will unter allen Umständen jenen Wechsel zurück haben, unser f-liger Vater hat mich oft genug auf das Gefährliche einer Blanko-Unterschrift aufmerksam gemacht.“

„Du bist da wieder einmal zu vorsichtig, zu misstrauisch,“ sagte Rabe achselzuckend. „Ich will versuchen, heute noch einen Vergleich abzuschließen, dann wird Dir diese Summe noch gerettet.“

„Nicht doch, Willy! Diese Summe wurde im Augenblick der Auffindung des Testaments Eigentum des vermöglichen Erben, der sogar gesetzlich mich zwingen könnte, die Einkünfte aus dem Grundbesitz seit dem Tode meines Vaters ihm zurück zu erstatten. Ich fahre heute mittag zur Stadt und habe ohnehin mit dem Justizrath Walthers zu berathen, da kann ich ja den Wechsel zurückfordern.“

Bestürzung und Angst spiegelten sich in dem Blick, mit dem Rabe seine Schwester ansah.

Kommunales.

Wahlresultate.

Die Kommunalwähler der II. Abtheilung vollzogen am Mittwoch die Ergänzungswahl zur Stadtverordneten-Versammlung. Es standen sich nur die Kandidaten der Liberalen gegen die Bürgerpartei gegenüber, von denen die ersteren in allen 14 Bezirken gewählt wurden. Das Resultat in den einzelnen Bezirken war folgendes:

1. Wahlbezirk (Stadtbez. 1-10) Leddihn, (lib.) 373; (Bürgerp.) 34 Stimmen. Wiedergewählt Leddihn.
2. Wahlbezirk (Stadtbez. 11-20) Weiß, (lib.) 385, (Bürgerp.) 109 Stimmen. Wiedergewählt Weiß.
3. Wahlbezirk (Stadtbez. 21-30) Herrmann (lib.) 455, (Bürgerpartei) 67 Stimmen. Wiedergewählt Herrmann.
4. Wahlbezirk (Stadtbez. 31-37) Fischer (lib.) 319, (Bürgerpartei) 164 Stimmen. Wiedergewählt Fischer.
5. Wahlbezirk (Stadtbez. 38-52) Paetel (lib.) 403, (Bürgerp.) 184 Stimmen. Wiedergewählt Paetel.
6. Wahlbezirk (Stadtbez. 53-78) Hätt (lib.) 406, (Bürgerp.) 209 Stimmen. Wiedergewählt Hätt.
7. Wahlbezirk (Stadtbez. 79-103 u. 138-140). Weber 435, Dinge 3, Beschoren 4, Timm und Kreuz 1 Stimme. Wiedergewählt Weber, jetziger Vertreter ist der Stadtverordnete Timm.
8. Wahlbezirk (Stadtbez. 114-124 und 126-129.) Dörmann 395, Dörmann 1 Stimme. Wiedergewählt Dörmann.
9. Wahlbezirk (Stadtbez. 125, 130-137 und 141-144.) Müller (lib.) 457, Müller (B. P.) 26 Stimmen. Wiedergewählt Müller.
10. Wahlbezirk (Stadtbez. 145-151, 153, 162-178 und 181-183). Dr. Gerstenberg (lib.) 458, Weiß (B. P.) 40 Stimmen. Wiedergewählt Dr. Gerstenberg.
11. Wahlbezirk (Stadtbez. 152, 154-161 und 179-200.) Ganger (lib.) 320, Jüster (B. P.) 177. Jänike (lib.), jetziger Vertreter, 72 Stimmen. Neugewählt Ganger.
12. Wahlbezirk (Stadtbez. 202-217). Friederici (lib.) 309, (B. P.) 91 Stimmen. Wiedergewählt Friederici.
13. Wahlbezirk (Stadtbez. 218-269). Weiß (lib.) 348, (B. P.) 132 Stimmen. Wiedergewählt Weiß.
14. Wahlbezirk (Stadtbez. 270-326). Diersch (lib.) 421, (B. P.) 7 Stimmen. Wiedergewählt Diersch.

Die Wahl des Herrn Vimprecht, welcher nach der Stimmenabgabe in engere Wahl mit dem liberalen Kandidaten Schert kommen soll, dürfte als definitiv zu betrachten sein, da von Vernehmen nach Herr Robert nicht Preuze, sondern Wittenburger sein soll, mithin würden die auf den letzteren erhaltenen Stimmen als ungültig zu betrachten sein.

Lokales.

Magistrat kontra Polizei-Präsidium. Vor dem Oberverwaltungsgericht gelangte vorgestern die bekannte Klage des Magistrats als Vertreter der Stadt Berlin gegen das hiesige Polizei-Präsidium wegen Aufhebung des die Verlängerung der Charlottenstraße betreffenden Beschlusses zur Verhandlung. Das Polizei-Präsidium hatte nämlich am 8. Dezember 1884 die Polizeibehörde auf Grund des Justizministergesetzes dem Magistrat ersucht, bis zum 1. Oktober 1885 mit der Regulierung und Pflasterung der Charlottenstraße zwischen Dorotheen- und Georgenkirchstraße zu beginnen. Falls solchen Ansuchen nicht entsprochen werden sollte, so würde, wie es weiter hieß, das Polizei-Präsidium die auf 60 000 Mark veranschlagten Arbeiten selbst durch Dritte auf Kosten des Magistrats ausführen lassen. Der Magistrat erhob hiergegen auf Aufhebung dieser Verfügung gerichtete Klage beim Verwaltungsgericht, der denn auch am 14. Mai d. J. in Gemäßheit des Antrages des Magistrats erkannte, indem er der Ansicht war, daß der Oberbürgermeister von Berlin Inhaber der Rabinetsordre vom 28. Dezember 1875 übertragen, und die Anlegung von Straßen bezüglich der Charlottenstraße, diejenige Behörde ist, welche eine Aenderung bezüglich der neuen Straße im Zuge der Charlottenstraße im Namen ihrer gesetzlichen Befugnisse durchzusetzen berechtigt sei, und über die gleiche Berechtigung zur zweckmäßigen Durchführung derselben Anordnung dem Polizei-Präsidium nicht zur Verfügung steht. — Hiergegen hatte das Polizei-Präsidium Berufung an das Oberverwaltungsgericht eingelegt, welches vorgestern abermals auf Bestätigung der Vorentscheidung erkannte. Die Beschlüsse der Entscheidung wurden nicht publiziert. Der Ver-

handlung wohnte als Vertreter des Ministeriums des Innern der Geheimre-Ober-Regierungsrat v. d. Pindern, als Vertreter des Handelsministeriums der Geheimre-Ober-Regierungsrat Goltz bei, welche für Aufhebung der Vorentscheidung plaidirten. — Mit dieser Entscheidung des höchsten Verwaltungsgerichtshofes ist ein Präjudiz geschaffen, welches für eine Reihe ähnlicher Streitfälle maßgebend sein dürfte.

Zur Volkszählung am 1. Dezember 1885. (Stat. Anz.) — Nachdem die Versendung der für die Volkszählung am 1. Dezember 1885 benötigten Zählpapiere im Königreiche Preußen beendet ist und jede Gemeinde in den Besitz der ihr zukommenden Karten, Listen und Formulare gelangt sein muß, wird es von Interesse sein, den Umfang dieser seitens des königlichen Statistischen Bureau ausgeführten Arbeit kennen zu lernen. Es wurden zum Zwecke der Zählung bestellt und gedruckt:

35 250 000 Stück Zählkarten A,	
7 500 000 " Haushaltungslisten B,	
7 500 000 " Anweisungen und Umschläge C/D,	
255 000 " Anweisungen für die Zähler E,	
510 000 " Zählerkontrolllisten F,	
95 000 " Ortslisten G,	
95 000 " Ortslisten G (Muster) und	
95 000 " Anweisungen für die Behörden H.	

Diese 51 300 000 Stück Zählpapiere hatten ein Gesamtgewicht von 175 245 kg oder nahezu 3505 Htr. Jede Gattung der Druckfachen war in Lagen von je 100 Stück abgezählt, mittelst Streifbänder festgebündelt und gut geschnitten abzuliefern. Die Herstellungskosten sämtlicher Zählpapiere betragen rund 109 200 M. Bis auf einen kleinen Rest von ungefähr 4 pSt., der im königlichen Statistischen Bureau zur Befriedigung von Nachforderungen verblieb, ist diese große Menge von Druckfachen an die königlichen Landratsämter bezw. die Magistrate der Städte mit über 5000 Einwohnern und von drei kleineren aber im Besitze eigener Polizeiverwaltung u. s. w. verbliebenen Städten in der Provinz Hannover direkt in 1883 großen und 446 kleinen Rufen verandt worden. Die Expedition begann am 25. August und währte bis zum 26. September d. J. Die für die großen Städte bestimmten, vielfach auf Grund besonderer Anträge mit Genehmigung des Ministers des Innern durch Zusätze u. s. w. im Interesse der Kommunalverwaltung erweiterten Zählpapiere und die Nachforderungen veranlassen eine Ausdehnung des Versendungsgeschäftes bis zu Ende Oktober d. J.

Die Kosten für die Formularlieferungen zur diesjährigen Volkszählung stellen sich beträchtlich niedriger, als bei der Vorgabe des für die Volkszählung vom 1. Dezember 1880 erforderlichen Materials, wie folgende Zusammenstellung der Preise zeigt. Es betrug der Preis damals und jetzt:

	1880	1885
für die Druckfachen	175 591 M.	109 178 M.
" " Risten mit Schrauben und		
" " Arbeitslohn für den Ver-		
" " schluss	6 161 "	5 700 "
" " Versendung von 100 Kilogr.		
" " auf je 1 Kilometer	14 Pf.	13 Pf.

Dabei ist der für 1885 veranschlagte Bedarf auf eine um rund 6 pSt. gestiegene Volkszahl bestimmt und hat sich, wie die spärliche Zahl der in letzter Zeit eingegangenen Nachforderungen zeigt, für dieselbe auch als ausreichend erwiesen.

Die zu Vormündern bestellten Personen erhalten nach der Vormundschaftsordnung eine Bestallung zugewandt, welche sie nach Erledigung ihres Amtes dem Gericht zurückreichen haben. Jetzt ist die praktische Einrichtung getroffen, daß den Vormündern mit der Bestallung und als Anlage derselben ein Auszug aus der Vormundschaftsordnung zugestellt wird, aus welchem jeder Vormund von den wichtigsten, auf die Führung der Vormundschaft bezüglichen Paragraphen Kenntniß erhält, so daß er ferner nicht mehr in die Nothwendigkeit verlegt sein wird, sich ein Exemplar der Vormundschaftsordnung auf seine Kosten anzuschaffen.

Die von uns gemeldete prekäre Situation des Direktors der deutschen Kunstgewerbe-Halle, Fischer, mußte zu seiner Verhaftung, wie sie gestern erfolgt ist, führen. Das Verfahren, welches die königl. Staatsanwaltschaft gegen ihn eingeleitet hat, dürfte für Direktor Fischer recht verhängnisvolle Folgen haben, weil er sich mehrerer betrügerischer Handlungen und Vorpiegelungen falscher Thatfachen hat zu Schulden kommen lassen. Vornehmlich handelt es sich bei seiner Verhaftung um seine Thätigkeit bei den für die deutsche Kunstgewerbe-Halle genehmigten Lotterien-Unternehmungen, an denen er so viel wie möglich sein eigenes Interesse zum Schaden einer Anzahl hiesiger angesehenen Geschäftsfirmen wahrnahm, welche die zu Gewinnen bestimmten Gegenstände geliefert hatten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Vorgang in dem ganzen bisherigen Weien der Privatlotterien eine Aenderung hervorruft. Jahr aus, Jahr ein wird eine große Anzahl kleiner Lotterien konfiskirt, bei denen es an jeder Gewähr für die Sicherheit der Zeichner fehlt, wenn einmal An-

sprüche an die Veranfaller erhoben werden sollten. Wenn beispielsweise wegen eines Gewinnes der Lotterie der deutschen Kunstgewerbe-Halle seitens eines Interessenten Klage erhoben werden würde, die einen Entschädigungsanspruch betrifft, so sollte hier jede Person, die den Anspruch befriedigen könnte, Herr Direktor Fischer ist vermögenslos und die deutsche Kunstgewerbe-Halle ist nicht haftbar, kann es auch nicht sein, weil sie nur ein Ausstellungslotterial für kunstgewerbliche Gegenstände ist, die fremden Besitzern gehören. Diefelben Verhältnisse dürften auch bei anderen Privatlotterien vorwalten.

Die vorgestern zu achteben Monaten Gefängniß verurtheilte Marquise Rita de Camba hat sich bei dem gefällten Urtheil beruhigt und beabsichtigt, durch ihren Vertretiger Rechtsanwalt Bronker den Weg der Gnade zu beschreiten.

Ein Schweminger-Klub hat sich, aus einigen Kaufleuten bestehend, im Westen unserer Stadt gebildet. Die Mitglieder haben sich zu diesem Zwecke einen Parterre-Saal in der Königgräberstraße gemiethet und steht man täglich die Dicken dort im Schweige ihres Angefichts Holz hacken und sägen, daß es eine wahre Freude ist.

Ueber einen räuberischen Heberfall, der in der Pappel-Allee gegen einen Kassirer D. verübt sein sollte, berichtete vor etwa acht Tagen ein hiesiges Blatt mit dem Bedauern, daß von den frechen Straßenräubern keine Spur ermittelt sei. Diese Mitteilung ist ungenau. Der Schuldige, Handelsmann D., ist ermittelt und auch bestraft worden, freilich nicht wegen Straßenraubes, sondern wegen Verübung groben Unfugs mit einer Geldstrafe von 3 Mark.

In Folge des Frostes in der vergangenen Woche hatte der Schiffsverkehr schon erheblich gelitten. Die Dampfer sowie der Finow- und der Ruppiner Kanal waren bereits mit einer zwei bis drei Zoll starken Eisschicht bedeckt, welche von den Schlepptugmaschinen nur mit Mühe durchbrochen werden konnte. Der einer Berliner Firma gehörige Dampfer „Condor“, der mit Kaufmannsgütern beladen von Stettin kam, erhielt im Finow-Kanal durch den Druck des Eises ein Leck und mußte in Liebenwalde reparirt werden, bevor er seine Fahrt nach Berlin fortsetzen konnte. Seit Montag ist mit dem Eintritt der milderen Witterung wieder fast allenthalben freie Fahrt und die Schiffsahrt lebhafter. Viele Schiffer werden aber, sobald sie gelübt haben, keine frische Ladung mehr einnehmen, sondern sich berufen, mit ihrem Fahrzeuge nach Hause zu gelangen, ehe sie vom Winter übertrastet werden.

R. Verunglückter Arbeiter. Am Mittwoch Abend war der Arbeiter Krause in der Münzstraße beschäftigt, von einem Rollwagen große, schwere Ballen Leder abzuladen, und kam bei dem schlüpfrigen Pflaster so unglücklich zu Fall, daß der zwei Fentner schwere Ballen ihm auf beide Unterschenkel fiel. Schmerzlich Hilfe rufend, lag R. am Pflaster unter dem Ballen, bis es herbeieilenden Passanten gelang, ihn aus seiner bedrängten Lage zu befreien. R., welcher den rechten Unterschenkel gebrochen und eine arge Quetschung des linken Fußes erlitten hatte, war vor Schmerz unmöglich und wurde in einem Wagen nach seiner Wohnung, Schwedterstraße Nr. 12, gebracht.

Postalisches. Gewöhnliche (nicht eingeschriebene) Postkarten, in deren Aufschrift nicht der Name des Empfängers, sondern außer dem Bestimmungsorte lediglich die Angabe derjenigen Wohnung enthalten ist, in welcher die Bestellung ausgeführt werden soll, sind neuer Bestimmung zufolge zur Postbeförderung zugelassen und erst dann nach dem Aufgaborte zurückzuleiten, wenn die Ermittlung des Empfängers nicht möglich gewesen ist. Der bestellende Vote hat es sich anzuwenden zu lassen, den Empfänger zu ermitteln und die Bestellung auszuführen.

i. Kaum ist das erste Eis erschienen, so ist auch schon ein Unglücksfall festzustellen. Gestern Nachmittag brach der Schullnabe Krug an einer 12 Fuß tiefen Stelle im nahen Zehlendorf in den Dorfteich ein und hielt sich nur mit Mühe mit den Armen über Wasser. Auf seinen Hilferuf eilten zwei Arbeiter mit einer Leine herbei, die sie über das Eis zogen und mit welcher es ihnen gelang, den Knaben, der an den Folgen des Unfalls seit gestern erkrankt ist, zu retten.

Im Ballertheater werden die Aufführungen der beiden lustigen Stücke „Unter und“ und „Der Vielgeliebte“ mit bestem Erfolge fortgesetzt; das gilt besonders von dem tollen Schwan „Der Vielgeliebte“, der allabendlich in ausgezeichneter Darstellung durch Hr. Carlsen und die Herren Blende, Thalers, Kurz, Meißner große Heiterkeit erregt und stürmischen Beifall findet.

Belle-Alliance-Theater. „Kurz-Butik!“, diese unwiderstehlich komische Gesangsposse, deren 179. Aufführung heute stattfindet, steuert nun der Jubel-Vorstellung ihrer 200. Aufführung mit vollen Segeln entgegen, da dieselbe, in Folge ihrer außerordentlichen Zugkraft, nicht eher vom Repertoire abgesetzt werden soll.

Im Deutschen Theater findet in der nächsten Woche das bereits angekündigte Gastspiel der jugendlichen Heroine Fräulein Margarethe von Orlow vom Hoftheater zu Dresden statt. — Die beiden Rollen, in welchen die Künstlerin auftreten wird, sind „Lady Mifford“ und „Donna Diana“.

Schwägerin etwas thun. Aber freilich, die da oben ist zu stolz, die Frau eines Gefängnisaufsehers als ihre Schwägerin anzuerkennen.

„Wer weiß, wer die Schuld daran trägt, nichts für ungu.“

Wieder ludte der Zimmermann die Achseln.

„Ich kenne mein Weib besser,“ sagte er, „sie war immer hochmüthig und eigenfinnig. Habt Ihr meiner Frau gesagt, daß ich wieder arbeite?“

„Natürlich!“

„Und was antwortete sie darauf?“

„Sie will von Euch nichts wissen, verstanden?“

Siebel lachte höhnisch.

„Und wißt Ihr, weshalb nicht?“ erwiderte er. „Weil sie fürchtet, ich könnte das Geheimniß erforschen. Und das sage ich Euch, alter Herr, erfahren werde ich es, und hauptsächlich deshalb habe ich mir Gewalt angethan und den Teufel in mir bezwungen. Was ich einmal will, das sehe ich durch, mag's biegen oder brechen.“

„Und wenn Ihr Euren Zweck erreicht habt, dann lohnt's vielleicht nicht einmal der Mühe,“ spottete Hochmuth, der eine Prife nach der andern nahm und dabei unverwandt den Zimmermann erwartungsvoll anschaute. „Ihr glaubt ja, das Geheimniß hänge mit dem Gutsbesitzer Rabe zusammen, weshalb rüdt Ihr ihm nicht auf den Leib?“

„Werd' mich hüten, das wäre der verkehrte Weg. Warnen darf man die Leute nicht, sie haben Geld, und wer Geld hat, der kann Alles fertig bringen. Also, meine Frau will nichts von mir wissen?“

„Nein.“

„Na, ich werd' ihr auch nicht lästig fallen. So weit kommt's nie wieder in Ordnung, daß ich bei ihr wohne und an ihrem Tische essen werde, und sie wird das auch nicht wünschen.“

„Es ist auch besser, daß ihr auseinander bleibt.“

„Natürlich. Aber kann mir Jemand verbieten, mein Kind zu besuchen?“

Der Antiquar schüttelte den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

„Und worüber willst Du mit ihm berathen?“

„Ueber den gerichtlichen Weg, auf dem ich meinem Schwager das Erbe zur Verfügung stellen muß.“

„Er wird Dir jedenfalls davon abrathen!“

„Er wird es nicht thun, wenn er die Ueberzeugung erlangt, daß mein Entschluß unerschütterlich ist.“

„So überlaß' es mir, mit ihm darüber zu reden,“ sagte Rabe, mit der Hand über die Augen streichend, „ich werde das besser als Du. Du brauchst mir nur die Punkte zu bezeichnen, über welche Du unterrichtet zu sein wünschst, das Uebrige laßst Du mir überlassen. Ich muß miches in die Stadt,“ fügte er scheinbar gleichgültig hinzu, „und Dein Wunsch, den Wechsel zurück zu erhalten, führt mich ja auch zu dem Justizrath.“

„Ich ziehe vor, persönlich mit ihm zu reden,“ fiel die Generalin, sich erhebend, ihm in die Rede, „gib Dir deshalb keine Mühe, den Wechsel kann ich ja auch zurückfordern.“

„In den fieberglühenden Augen Rabe's bligte es jäh auf, aber Frau von Studmann bemerkte es nicht, sie hatte ihm schon den Rücken gewandt.“

„Ich werde beim Diner nicht erscheinen,“ sagte er mit mühsam erzwungener Ruhe, „Herr v. Barnelow hat mich eingeladen, ich werde sogleich aufbrechen. Ich soll also mit dem Justizrath nicht reden.“

„Nein, Willy, Du würdest doch nicht an Alles denken können. Wann wirst Du zurückkehren?“

„Ich weiß es nicht, ich habe jetzt auch Manches zu besorgen, die Existenzfrage ist plötzlich auch an mich herangetreten.“

Die Generalin nickte stumm und verließ das Zimmer, sie war mit dem Resultat dieser Unterredung nicht zufrieden, ihre unwillkürliche Miene ließ das deutlich erkennen.

Der Kochtopf stand noch auf dem Tische; der Antiquarhändler hatte abgespeist, er sah schweigend seinem Gast

Gute Vorsätze.

Der Kochtopf stand noch auf dem Tische; der Antiquarhändler hatte abgespeist, er sah schweigend seinem Gast

Die
Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik
 von
Theodor Fricke,
 nur

174 Oranienstraße 174

Berlin SO.,

174 Oranienstraße 174

empfiehlt zu festen Preisen:



Wollene Herren-Westen.
 Preis für 1 Stück 3,50, 4,00, 4,50, 5,50, 6,00,
 extra feine Qualität bis 10,00, 12,00 M.



Gesundheits-Hemden.
 In Sommer-Bigogne a 75 Pf., 1,00, 1,25, 1,50, 1,75 M.
 Schweiß-Hemden a 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 2,75.
 dito extra schwer a 2,50, 2,75, 3,00, 3,25, 3,50.



Herren-Unterbekleider.
 Baumwollene a 60, 80 Pf., 1,00, 1,25, 1,50, 1,75.
 Schweiß-Hosen a 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00.
 dito extra schwer a 2,25, 2,75, 3,25, 3,75.



Wollene Tailen-Tücher.
 Farben: schwarz, weiß, bordeaux, grenat, marine &c.
 a Stück 3,00, 3,50, 4,00, 5,50, 6,50, 7,50 M.



Damen- und Kinder-Capotten.
 Für Kinder a Stück 25, 50, 75, 1,00, 1,25, 1,50.
 „ Damen a „ 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00.



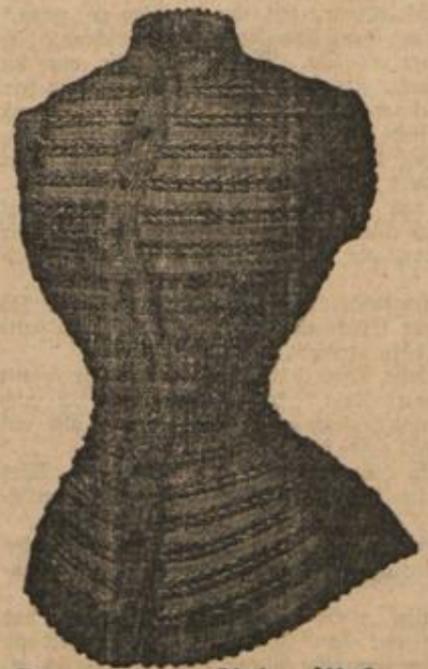
Tricot-Tailen
 in allen Farben, mit Räder-Schoof,
 a Stück 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 6,00,
 do. mit eingewirtem Futter 6,50, 7,00, 8,00, 8,50.



Wollene gehäkelte Kinder-Kleidchen.
 a Stück 2,50, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00.



Kinder-Tricots.
 Baumwollene a Stück 80, 90, 1,00, 1,10, 1,20 &c.
 Bigogne „ „ 80, 90, 1,00, 1,10, 1,20 &c.
 Wollene „ „ 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50 &c.



Damen- und Kinder-Westen.
 Für Kinder a Stück 1,00, 1,25, 1,50, 1,75.
 „ Damen „ „ 1,25, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50

Prima englische Strickwolle, à Pfd. zugewogen 2,70, 3,00, 3,20, 4,00 Mark. O Prima Zephyr- und Gaster-Wolle, à Pfd. zugewogen 4,00 M.

Gefrickte Socken u. Frauen-Strümpfe, à Paar 50, 60, 75, 80, 1,00, 1,25 M. O Wollene gefrickte Damastchen, à Paar 50, 80, 1,00, 1,25, 1,50 M.

Für den nicht anwesenden Abg. Venzmann begründet den Antrag der Antragsteller

Abg. Traeger: Ich bitte zunächst, den Entwurf gleichfalls der Kommission zu überweisen, welche soeben für die Berufungsfrage beschlossen worden ist. Nach meiner Ansicht haben wir ein großes Interesse daran, den Gegenstand nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden zu lassen; es handelt sich um eine der wichtigsten Fragen, welche gegenwärtig die Kulturwelt bewegen und in einigen derselben bereits eine glückliche Lösung gefunden haben. Unser deutsches Volk bewegt diese Frage jedenfalls aufs Tiefste, und wenn jemals zwischen uns und unseren Wählern unbedingte Uebereinstimmung geherrscht hat, so ist es in Bezug auf sie. Ich bin sodann in der glücklichen Lage, mich für den Antrag auf die allseitig respektierte Autorität unseres früheren verehrten Kollegen v. Schwarze berufen zu können, eines Mannes, der, während anfänglich die Berufung sich seiner Geringfügigkeit erfreute, jetzt ihr die lebhafteste Sympathie und thätigste Mitarbeiterschaft zugewendet hat. Auch liegt die Sache hinsichtlich der Entschädigung prinzipiell anders als bei der Berufung. Grundständige Gegner der Berufung dürfte es wenige geben; aber viele sind ungewiss, wie sie nachher in Wirklichkeit ausfallen wird, wie die Sache einzurichten sei und ob nicht durch die eine oder die andere Konstruktions der erwarteten Vortheile sich in ihr Gegentheil verkehren. Auf die Initiative der Reichsregierung zu warten oder diese anzurufen, kann gleichfalls unmöglich sein, was dabei herauskommt, haben wir ja in der vorigen Session gesehen. Wir hörten, wie der Reichsanwalt sich für die Berufung interessirte, daß eine Vorlage gemacht werde; die Vorlage kam, und siehe da! die Berufung befand sich gar nicht darin, wohl aber heimtückische Angriffe auf unsere vollständigste Rechtsinstitution, die Schwurgerichte u. dgl. Auch neuerdings verlautet von einem gesetzgeberischen Versuch, der von einer ganz besonderen Vorurtheilhaftigkeit gegen die Presse zeugnis ablegt. Wo solche Früchte vom Baume fallen, wollen wir nicht daran stößeln. Ganz anders mit der Entschädigungsfrage. Die Entschädigung unschuldig Verurtheilter kann und muß erfolgen; über das Wie ist kein Zweifel möglich; höchstens daß die Wiedereinführung der Berufung das Gebiet ihrer Anwendbarkeit beschränkt. Wir sollten demnach endlich Ernst machen mit einer Angelegenheit, die nunmehr zum vierten Male den Reichstag beschäftigt. Die große Mehrheit des Hauses steht ihr außerordentlich sympathisch gegenüber, im Volke macht sich dafür eine immer tiefer gehende Bewegung geltend, die Regierung könnte auf allseitige Zustimmung rechnen. Dennoch hat sie bisher zu dieser Frage keine bestimmte Stellung genommen; ein Antrag auf Einführung einer neuen Steuer oder einer Pöbelstrafe wäre gewiß viel eher zum Gesetz geworden als dieser diermal wiederholte Antrag. Die früher vom Bundesrathliche dagegen vorgebrachten Argumente sind mir besonders wegen ihrer Unwürdigkeit im Gedächtnis geblieben. Die Einführung dieser Materie wäre keine Verschönerung unserer Gesetzgebung. Nun, schon sehen unsere Gesetze absolut nicht mehr aus, man will aber implizite nicht gern zugeben, daß der Richter ein Unrecht begehe oder begangen habe, das Sühne erheische. Man thut den Richtern indes keinen größeren Tadel an, als wenn man sie unter allen Umständen für unfehlbar erklärt; die Justiz ist eine menschliche Einrichtung und wie alle solche der menschlichen Fehlbarkeit unterworfen. Ferner wurde auf die Seltenheit der bezüglichen Fälle hingewiesen; schon damals wurde entgegnet, daß Abhilfe geschafft werden müsse, und wenn auch nur ein Fall nachweisbar wäre. Der damalige Abg. Philipp hat aber im Frühjahr 1884 konstatiert, daß seit dem 1. Oktober 1879 nicht weniger als 258 Fälle der Wiederaufnahme des Verfahrens zu einem entgegengegesetzten Urtheil, zur Freisprechung geführt hätten, und daß 97 von diesen Fällen sich bereits mitten in der Strafverfolgung befänden. Solche Zahlen müssen doch zu Erwägungen ersterer Art veranlassen. Endlich wurde überhaupt in Abrede gestellt, daß dies eine durch die Gesetzgebung zu regelnde Materie sei, besser verweise man den Betroffenen auf den Weg der Klage. Das aber ist das heillosste Argument von allem, denn es bedeutet nichts anderes, als den soeben freigesprochenen wieder zum Verbrecher zu degradieren. Ich weiß nicht, ob diese Gründe noch heute für die Reichsregierung maßgebend sind; ich halte jedenfalls den Entwurf der sorgfältigsten Behandlung und der endlichen Annahme für würdig. Wir haben dann das Unrecht gethan, und die ganze Verantwortlichkeit für das Weiterbestehen so schroffer Ungerechtigkeiten wird dann der Reichsregierung verbleiben. Der Entwurf hält sich wesentlich an den Wortlaut des Entwurfs, welchen die Kommission, die den Antrag zuerst beriet, beschlossen hatte, nimmt aber die Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft wieder auf, denn auch die Schädigungen, die hierdurch entstehen, benachteiligen fast in allen Fällen die Betroffenen auf das Aller schlimmste. Ueberhaupt operiren Staatsanwälte und Gerichte vielfach mit der Untersuchungshaft zu scharf und zu lange. Ich schließe mit dem Ausdruck des Vertrauens darüber, daß es der Regierung bisher durchaus entgangen ist, daß in der Lösung dieser Frage die Lösung eines Hauptstücks der sozialen Frage überhaupt steckt. Die juristischen Bedenken sind gegen diesen Gesichtspunkt verschwindend gering. Wenn die Hauptaufgabe der Lösung der sozialen Frage die Beseitigung von Ungleichheiten ist, so würde ich es gar nicht verstehen, wenn eine Regierung, die sich als eine Freundin der Armen, als eine Freundin der Lösung der sozialen Frage darstellt, diese Gelegenheit zur Beseitigung ihrer sozial-reformatorischen Absichten unbenutzt vorbegehen ließe. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident v. Wedell, Biesdorf richtet an den Redner die Frage, ob der Ausdruck „heimtückische Angriffe“ in irgend welchem Zusammenhange oder in Beziehung zu der Reichsregierung oder der verbündeten Regierungen von ihm gebraucht worden sei.

Abg. Traeger: Ich wollte allerdings den Eindruck schärfen, den die erwähnte Vorlage auf mich gemacht hat, den Eindruck Jemandes, der sich plötzlich von hinten überfallen sieht.

Präsident: Unter diesen Umständen muß ich den Ausdruck doch für parlamentarisch unzulässig erklären. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Schelling: Ich habe schon wiederholt die Eore gehabt, vor diesem hohen Hause es auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen das Gefühl, aus dem dieser Antrag hervorgegangen ist, vollständig theilen, und daß sie ihrerseits bemüht gewesen sind, den unschuldigen Opfern eines Justizirrhums eine Entschädigung zu Theil werden zu lassen. Aber ich habe auch hervorgehoben, daß der Versuch, dieses Mißgefühl in die Worte des Gesetzes zu kleiden, auf Bedenken stoßen wird, und so viel ich die Stellung des Bundesraths kenne, werden diese Bedenken doch bei seiner Entscheidung ins Gewicht fallen. Ich habe aber um so weniger Grund, diese Bedenken nochmals vorzutragen, als ich es nicht für ausgeschlossen halte, daß die Kommission eine Lösung finden könne, mit welcher auch die verbündeten Regierungen zufrieden sein können.

Abg. Hartmann: Wir sind noch wie vor bereit, mitzuwirken am Zustandekommen eines Gesetzes, durch welches für unschuldig erlittene Strafen eine Entschädigung geleistet wird. Weiter zu gehen, können wir uns nicht entschließen, und müssen das Weitere der Zukunft überlassen, wenn wir mit diesen allerdings beschwerlichen Anfänge Erfahrungen gemacht haben werden.

Abg. Frohne: Keine Frage ist so klar wie diese. Warum soll n wir noch warten? Soll das Privilegium der Justiz fortbestehen, Unrecht zu thun und Unschuldige zu verurtheilen? Es ist wahr, was der Abg. Windthorst gesagt hat:

in weiten Schichten des Volkes ist das Vertrauen zur Rechtspflege untergraben. Und ich sage, die Justiz wird geradezu gemißbraucht zu politischen Zwecken.

Präsident v. Wedell, Biesdorf: Ich frage den Redner, ob er die letzten Worte mit Bezug auf die Reichsregierung oder die Bundesregierungen hat aussprechen wollen?

Abg. Frohne: Sowohl in Bezug auf die Reichsregierung als in Bezug auf die einzelnen Bundesstaaten.

Präsident v. Wedell, Biesdorf: Dann rufe ich den Redner hiermit zur Ordnung!

Abg. Frohne: Sie wissen, wie s. J. meine Parteigenossen verhaftet und deternirt worden sind. Und was antwortete der Staatsanwalt in Bezug auf von uns vorgeklagte Schutzzugungen? Diesen Aussagen könne man nicht Glauben schenken, weil sie von Personen ausgingen, welche in Zeitschriften die Lehre verbreiteten, daß es auf einen Meineid im Parteinteresse vor Gericht nicht ankomme. Ist etwa ein Polizeirath mehr werth als ein Staatsbürger? Wenn das keine Schwächung des Ansehens der Justiz in Deutschland ist, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, was soll es sonst sein? Ja, es ist wahr, die Tendenzprophete tragen zur Verurtheilung Unschuldiger bei, sie befördern das Streben der Beamten. Wollen Sie die Achtung vor der Justiz befördern, so nehmen Sie diesen Antrag an.

Der Antrag wird darauf derselben Kommission überwiesen, welcher der vorher beratene Antrag überwiesen ist.

Hierauf verläßt sich das Haus. Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr (Interpellation des Abg. Reichensperger betr. das Mißtrauenswesen, Etat).

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 26. November. Der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Dr. Straßmann eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Abtheilungen haben die Wahl von 15 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage, betreffend den Bau einer Interimbrücke für den Neubau der Molltebrücke — von 15 Mitgliedern für — die Vorlage, betreffend die Ausführung der Kanalisation im XII. Radialsystem, — von 10 Mitgliedern für — die Vorlage, betreffend den Ablauf der Wahlgelt von zwei Rathsmaurermeistern vollzogen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden eine Anzahl Naturalisationsgesuche geschäftsmäßig erledigt. Anderweitige Organisation der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke.

Der Magistrat beantragt: „Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Mitgliederzahl der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke von 6 Stadträthen und 11 Stadtverordneten auf 4 Stadträthe und 8 Stadtverordnete vermindert und zur größeren Theilnahme der Deputationsmitglieder an den Geschäften der Güterverwaltung das Kuratorium für die Bewirthschaftung der Kieselgüter aufgelöst werde.“ — Durch Beschluß vom 1. Mai dieses Jahres hat die Stadtverordneten-Versammlung dem Magistrat u. A. zur Erwägung gegeben, ob es sich zur besseren Rughmachung der städtischen Kieselgüter empfehlen würde, die Arbeitshauslinge in größerer Anzahl auf den Kieselgütern zu beschäftigen? Der Magistrat bemerkt hierzu, daß die Arbeitshauslinge in diesem Jahre in vermehrter Anzahl und mit gutem Erfolge auf den Kieselgütern beschäftigt worden sind. Durch unsere Vorlage vom 30. Mai 1884 haben wir der Stadtverordneten-Versammlung bereits mitgetheilt, daß wir beabsichtigen, in Zukunft eine noch stärkere Verwendung der Hauslinge einzutreten zu lassen, und sind uns durch den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. Juni d. J. zur Errichtung eines Zentral-Depots auf den nördlichen sowie eines solchen auf den südlichen Kieselgütern zusammen 200 000 M. zur Disposition gestellt worden. Die Bauten sind so weit gefördert, daß dieselben noch in diesem Jahre unter Dach kommen werden, und im nächsten Frühjahr die anlagsmäßige Belegung mit ungefähr 1200 Mann erfolgen kann. Die neuen Einrichtungen werden es alsdann ermöglichen, die Hauslinge auch in den Wintermonaten auf den Kieselgütern zu belassen und sie dort in geeigneter Weise zu beschäftigen.“

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage empfiehlt nun folgende Beschlussefassung: „Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Mitgliederzahl der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke von 6 Stadträthen und 11 Stadtverordneten auf 4 Stadträthe und 8 Stadtverordnete vermindert und zur größeren Theilnahme der Deputationsmitglieder an den Geschäften der Güterverwaltung das Kuratorium für die Bewirthschaftung der Kieselgüter aufgelöst werde.“

Die Versammlung hat ferner Kenntniss genommen von den in der Vorlage des Magistrats enthaltenen Ausführungen auf die Fragen ihres Beschlusses vom 1. Mai v. J. und erachtet letztere dadurch für erledigt.

Hiernächst ersucht die Versammlung den Magistrat, innerhalb Jahresfrist einen tüchtigen, energischen, mit landwirthschaftlichen Kenntnissen ausgerüsteten Mann als Generaldirektor für die Kieselgüter anzustellen.“

Stadt. Dr. Struß begründet kurz als Referent den Antrag des Ausschusses. Im Interesse einer strafferen Verwaltung, einer einheitlicheren Leitung der Kieselbewirthschaftung sei die Anstellung eines Generaldirektors, eines Mannes, der mit kaufmännischen und landwirthschaftlichen Kenntnissen ausgerüstet sei, dringend nothwendig.

Stadt. Dopp kritisiert scharf die Begründung der Vorlage, die für ihn unannehmbar sei und findet sie verblüffend. (Heiterkeit.) Bisher habe man immer konstatiert, daß alles im besten Zustande sich befinde, daß die intelligentesten und praktischsten Kräfte in der Verwaltung lägen. Wenn man jetzt einen Generaldirektor einstellen wolle, so gestehe man zu, daß die ganze Wirthschaft bisher auf ganz falscher Basis geruht habe. (Unruhe, Widerspruch.) Es scheint so, als wären die Landgüter in der Umgebung der Kieselgüter durchaus „deutsch-freiwiliger“ Boden. (Heiterkeit.) Redner ersucht, die Anstellung eines Generaldirektors abzulehnen.

Stadt. Dr. Kärten findet die Ausführungen des Vorredners wunderbar. (Zustimmung.) Von keiner Seite sei in der Ausschussberatung ein Mißtrauensvotum gegen die bisherige Verwaltung abgegeben worden. Mißgriffe seien überall möglich, auch die Bürgerchaft könne Mißgriffe bei der Wahl für die Stadtverordneten-Versammlung thun. (Sehr richtig.) Man müßte überall nach bestem Erfassen. Wie der Vorredner politisches Parteiwesen hineinbringen könne, sei unverständlich. Die falschen Abwässer seien nicht deutsch-freiwiliger. (Heiterkeit.) Die guten Erfolge, welche die Leistungen von Generaldirektoren bei der Wasser- und Gasverwaltung gehabt hätten, seien Vorbild gewesen und Grund für die Forderung eines Generaldirektors für die Kieselbewirthschaftung.

Stadt. Dr. Schulz erklärt sich mit dem Antrage des Ausschusses im Ganzen einverstanden. Gegen die Anstellung eines Generaldirektors habe er (Redner) nur praktische Bedenken. Er (Redner) wisse in ganz Europa außer in England keinen Mann, der Bescheid mit Kieselgütern wüßte. Gegen die Beschränkung der Zahl der Deputirten für die Verwaltung der Kanalisationswerke sei die Frage aufzuwerfen, ob weniger Kräfte mehr leisteten als mehrere.

Stadt. Professor Dr. Birchow vertheidigt den Aus-

schußantrag. In der ganzen Welt sei keine Stadt so weit in der Kanalisation vorgeschritten, wie Berlin. Die Kanalisations-Deputation habe also ihre volle Schuldigkeit gethan. Das Werk sei begonnen worden gegen den Rath aller Landwirth. Man habe nicht nach bekannten Mustern arbeiten können, sondern die Muster hätten erst geschaffen werden müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus sei alles zu beurtheilen. Man habe nun Anlagen zum Ausbau gefunden, die zur Reinigung des Wassers geeignet seien: Hans und Hichorie. Das Reich sei hier der Stadtverwaltung einmal entgegengekommen durch bedeutende Erhöhung der Höhe auf Hans und Hichorie. (Heiterkeit.) Zu diesen Versuchen gehöre aber Zeit und Alles müsse erprobt werden. Die Sachen seien nicht zu überhastigen; man befände sich noch in dem Stadium, wo Erfahrungen gesammelt werden müßten. Es handle sich nicht so sehr um den Ertrag, als um die Lösung der Aufgabe, das Abfallwasser zu reinigen. Diese Aufgabe sei vollkommen gelöst. Die Finanzfrage sei nebensächlich.

Ein Schlußantrag wird von den Stadto. Spinola und Gnossen gestellt. Zum Wort gemeldet ist nur noch der Stadto. Gärki.

Der Schluß wird angenommen. Der Ausschussantrag wird mit einem Zusatzantrage des Stadto. Ranslau, wonach der Magistrat eine Vorlage über die Aufgaben und die Kompetenz des Generaldirektors machen soll, unverändert angenommen.

Dagegen stimmen mit Anderen die Arbeiter-Stadto. vororteten.

Verlauf des zwischen den Grundstücken Klosterstr. 81/2 und der neuen Bauflucht der Neuen Friedrichstraße belegenen Terrains. Der Verkauf wird debattirt für den Preis von 250 000 M. an die Firma Gebrüder Simon beschloffen.

Ausschmückung der Aula der höheren Mädchenschule in der Pfandstraße mit Wandgemälden.

Stadto. Talle beantragt Ausschussberatung. Dem wachsenden Luxus der Schulbauten müsse gesteuert werden.

Stadtbaurath Blankenstein hält Ausschussberatung angefaßt der erforderlichen geringen Summe von 3600 M. für überflüssig, zumal die Bauerparnisse die Summe deckten.

Stadto. Salge bestrittet den zunehmenden Luxus der Schulbauten und hält Ausschussberatung für überflüssig. Stadto. de Noe bittet um Ausschussberatung. Er habe auch das Gefühl, als werde zu viel Luxus besonders bei höheren Lehranstalten, getrieben.

Stadto. Limpricht ersucht die Vorlage, ohne Ausschussberatung direkt abzulehnen.

Stadto. Bohm hält Ausschussberatung zur Prüfung der prinzipiellen Frage für nothwendig, obwohl die Ausschussberatung der Aulen im pädagogischen Interesse liegt. Andern würde der Ausschuss in diesem Falle wohl nichts können, weil die Sache schon ziemlich weit vorgeschritten sei. (Heiterkeit.)

Stadtbaurath Blankenstein bestrittet diese letzte Behauptung.

Stadto. Ripberger tadelt den großen Luxus, der auch bei Gemeindeschulen getrieben werde. Trete man in die Schule der Gemeindeschule in der Kleinen Markusstraße, so sei es als befände man sich in einem Tanzsaal.

Stadto. Singer ist erfreut, daß durch die Mittheilungen des Herrn Stadtbauraths sich gewisse Befürchtungen aus unbegründet erweisen haben. Die Debatte habe den Eindruck hervorgerufen, als handle es sich hier bei der bekannten Schneidigkeit, mit der in der Pauderstation gearbeitet wird, mit bereits feststehenden Thatsachen. (Redner) wüßte, daß die Vorlage ohne weiteres abgelehnt werde. Werde aber Ausschussberatung angenommen, so werde der Ausschuss mannigfache Anregungen aus der heutigen Debatte erhalten haben.

Ausschussberatung wird angenommen. Uebertragung der Pferdeeisbahn an die Potsdamer Thor-Weichbildgrenze — Schöneberg von der Großen Internationalen Pferdeeisbahn-Altiengesellschaft auf die Große Berliner Pferdeeisbahn-Altiengesellschaft.

Magistrat beantragt: „Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, daß die im Jahre 1908 währende Genehmigung der Großen Internationalen Pferdeeisbahn-Altiengesellschaft für die Anlage und Betrieb der vom Potsdamer Thor durch die Potsdamerstraße bis zur Weichbildgrenze beim Schöneberg führenden Linie auf die Große Berliner Pferdeeisbahn-Altiengesellschaft übertragen und die Genehmigungsdauer bis zum 31. Dezember 1911 ausgedehnt bezw. verlängert wird, unter der Bedingung, daß beim Ablauf der Genehmigungsdauer die Bestimmungen des § 20 der allgemeinen Bedingungen zum Hauptvertrage zwischen der Stadtgemeinde und der Großen Berliner Pferdeeisbahn-Altiengesellschaft vom 26. Juli 1880, sowie alle Abänderungen dieser Bestimmungen, welche später etwa noch vorgebracht werden, auch auf die vorbezogene Linie Anwendung finden.“

Stadto. Singer bespricht bei dieser Gelegenheit die erfolgte Reduzierung der Arbeiterfrühwagen, weist nach, daß die Einrichtung durchaus nicht dem Bedürfnis entspreche und dem Eindruck nicht verschleife, als sei die Einrichtung hinsichtlich so getroffen worden, um aus der Umwälzung der Benutzung den Nachweis zu führen, als seien die Anträge in agitatorischem Sinne gestellt worden und nicht um einen wirklichen Bedürfnis der Arbeiter zu genügen. (Wir bringen einen ausführlichen Bericht über die Rede nach.)

Stadto. Bellermann ersucht, den Antrag des Magistrats abzulehnen, um nicht an Privatgesellschaften Konzessionen zu ertheilen.

Stadto. Meyer vertheidigt den Magistratsantrag. Die Vorlage des Magistrats wird angenommen.

Abchluss eines Vergleichs in Betreff der von den städtischen Kieselgütern im niederbarnimischen Kreis zahlenden Kreis-Einkommensteuern.

Auf Antrag des Stadto. Dr. Struß wird die Vorlage einem Referenten zugewiesen.

Die Herstellung eines befestigten Weges längs des hinteren Theiles des städtischen Villenboulevard bei Treptow wird genehmigt.

Der Antrag der Stadto. Jaenicke und Gnossen dahingehend, den Magistrat zu ersuchen, einen Preis für den zu verlaufenden Roßkoff festzusetzen, wird nach kurzer Debatte dem Magistrat zur Erwägung angetragen.

Die Anfrage der Stadto. Bied und Gnossen, betreffend die Verdebahnlinie Gesundbrunnen-Wedding-Moabit-Thiergarten-Lüchowplatz, wird von dem Stadtbaurath Hoberich dahin beantwortet, daß die Arbeiten am 1. April nächsten Jahres mit aller Kraft in Angriff genommen werden würden.

Eine Anzahl Rechnungen gehen an den Rechnungs-Ausschuss.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß 8 1/2 Uhr. Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

ar. Das Schiedsmanns-Amt — so schreibt der „Halter“ — ist sicher kein Arcubendorn, davon sind wir überzeugt; wenn aber der Schiedsmann des 27. Stadtbezirks Rentier C. Heydemann, Endeplatz 3, wöchentlich nur einmal

ierte die Vorstehende noch einmal die in einer früheren Versammlung festgestellten Forderungen: Arbeitszeit von 8-8 Uhr oder 7-7 Uhr inklusive einer Pause von 1 1/2 Stunden, Minimallohn von 2 Mark und Erhöhung des Lohnes um die Hälfte für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit. Die Bemerkung des Herrn Kaufmann Stern, daß eine Lohnerhöhung von 33 ein Drittel Prozent, die in einem Zirkular der Schneidermeister beantragt worden ist, nicht für alle Arbeiterinnen den Minimallohn von 12 Mark wöchentlich zur Folge haben würde, veranlaßte Frau Böting, auf die beabsichtigte Feststellung der pro Stück zu zahlenden Preise ausgehenden Fragebogen hinzuweisen und mitzutheilen, daß ihre Verhandlungen mit dem Vorstande der Innung der Schneidermeister die Hinzuziehung eines Kaufmanns, des Herrn Meyer, und den Beschluß, mit den Arbeiterinnen Hand in Hand gehen zu wollen, zur Folge gehabt habe. Herr Kaufmann Meyer äußerte sich dahin, daß die Preise bessere werden würden, wenn die verheirateten Frauen das Arbeiten für Konfektionsgeschäfte aufgeben und den Mädchen überlassen würden. Dem gegenüber wies Frau Büge und Frau Krandemann darauf hin, daß leider noch viele Frauen zu Erwerbsarbeit genöthigt seien, weil die Löhne, die ihren Männern gezahlt werden, zum Unterhalte der Familien nicht ausreichen. Herr Schneider Geschonek theilte Aeußerungen mit, welche Innungsmeister in Beziehung auf das Vorgehen der Mäntelnäherinnen gethan, um zu beweisen, daß dieselben nicht geeignet sind, diesem Vorgehen Vorstoß zu leisten. Dagegen habe auf seinen (des Redners) Antrag der Fachverein der Schneider einstimmig beschlossen, die Lohnbewegung der Mäntelnäherinnen nach Kräften zu unterstützen. Frau Böting theilte mit, daß in Bezug auf ihre Wohnhaftigkeit, in den Versammlungen, wenn die Sitzplätze nicht ausreichen, die Herren zu bitten, daß sie die Sitzplätze den Damen überlassen möchten, ihr von einem Arbeitgeber in einem Briefe die Belehrung zugegangen sei, daß eine solche Zumuthung ein Verstoß gegen die Hochachtung sei, welche die Arbeiterinnen ihren Arbeitgebern schuldig seien. (Diesem ritterlichen Herrn ist es wahrscheinlich unbekannt, daß jeder anständige Mann in Frauengesellschaft den Frauen seinen Platz überläßt. Es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, zu verlangen, daß der Arbeitgeber, wenn er vielleicht in seinem Komptoir oder sonstwo in Arbeitsangelegenheiten mit seiner Arbeiterin verkehrt, dieser seinen Sitz einräumt und dann mit ihr verhandelt; in einer Versammlung jedoch, wo Jeder erkennt, um seine Interessen zu diskutieren, hört in äußeren Beziehungen der Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, und da erfordern es die Gesetze der Höflichkeit, daß man den anwesenden Frauen zunächst alle möglichen Bequemlichkeiten gestattet. Außerhalb unseres Arbeitsverhältnisses sind wir doch Alle höfentlich gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft, und die Gesetze dieser Gesellschaft schreiben dem sog. stärkeren Geschlecht bis jetzt immer noch eine gewisse achtungsvolle Rücksichtnahme auf das schwächere vor. Wer anders handelt, wird im gewöhnlichen Leben ein Stoffel genannt. D. Red.) Frau Büge verlas ein Schreiben des Herrn Kaufmann Rosenthal (Bägerstraße), in welchem derselbe erklärt, daß die Schneidermeister bei den Preisen, die er ihnen zahle, den Arbeiterinnen viel zu wenig geben, wenn diese nur 2 M. täglich verdienen. — Nach Annahme eines Antrages, für zwei hilfsbedürftige Arbeiterinnen eine Tellerfassung zu veranstalten, nahm noch Fräulein Wabnitz das Wort, um Denjenigen entgegenzutreten, welche in Bezug auf das Vorgehen der Arbeiterinnen immer noch sagen: „Es hilft ja doch nichts“ und um darauf aufmerksam zu machen, daß der neue Verein auch die Aufgabe haben werde, alle Uebelstände in den Arbeitsräumen der Arbeitgeber zu beseitigen.

Eine öffentliche Versammlung der Steindrucker und Lithographen fand am Montag, den 23. November, bei Buggenhagen (Mortyplatz) unter dem Vorsitz des Herrn J. Jastrau statt. Die Versammlung nahm theilweise einen stimmungsvollen Charakter an, schließlich mußten sogar zwei Ruhestörer aus dem Saale entfernt werden. Auf der Tagesordnung

stand der Streik von Ernst u. Co. Es erhielt hierzu zunächst Herr Stadt. Gördt das Wort. Referent wies in seinen Ausführungen nach, wie nothwendig ein Zusammenhalten der Kollegen sei, denn was dem Einen heute passiert, kann den Anderen auch morgen schon treffen. Deshalb müsse ein Jeder seine Schuldigkeit thun und den Streikenden zur Seite stehen. Alsdann unterbreitete ein Mitglied der Kommission die verschiedenen Mißstände, welche in der Anstalt von Ernst u. Co. herrschen, der Versammlung u. d. betonte namentlich, daß sich der Verdienst zwischen 8-12 M. auf 15-21 u. f. w. pro Woche bewege. Auch ein Zirkular, welches die Firma Ernst u. Co. an sämtliche Firmen gesandt hatte, wurde einer „erläuternden“ Kritik unterzogen. Trotz mehrfacher Aufforderung, daß sich Vertreter der im Streik befindlichen Firma oder die Herren Ernst u. Co. selbst zum Worte melden sollten, meldete sich Niemand. Die Herren waren brieflich eingeladen. Alsdann ergriffen die Herren A. Schulz, M. Kreuz und andere Redner das Wort. Sie traten entschieden für die Streikenden ein und meinten, es sei zu bedauern, daß sich einige Geschäfte nach dem Zirkular der Herren Ernst u. Co. richteten und einige Drucker, welche schon wieder Arbeit gefunden, auf Grund des Zirkulars wieder entlassen hätten. — Es wurde eine Ergänzungswahl der Kommission vorgenommen, da ein Mitglied derselben sein Amt niedergelegt hatte. Die Wahl fiel auf den Steindrucker Vinsener. Schließlich gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die heutige im Kaisersaal bei Buggenhagen (Mortyplatz) tagende Versammlung der Steindrucker und Lithographen Berlins und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie erblickt ferner in der Handlungsweise der Kollegen von Ernst u. Co. ein mannhafte, kollegialisches Vorgehen, sie spricht hierfür ihren Dank aus und verpflichtet sich, mit allen Kräften dieselben zu unterstützen, sowie den Zuzug von Ernst u. Co. fern zu halten. Hierauf wurde die von ca. 900 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Öffentliche Versammlung sämtlicher Schrauben-Facendrehler und Werkzeugmacher am Freitag, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wohlhaupt, Mantuffelstr. 9. Tagesordnung: Berichterstattung über den Stand des Steinerischen Streiks. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es dringend nothwendig, daß alle Mann für Mann am Plage sind, dann ist der Sieg unser. Es handelt sich hier nicht allein um die Steinerischen Fabrik, sondern um die Existenz sämtlicher Berufsgenossen. Bedenkt Kollegen, daß 57 unserer Genossen sich im Kampfe um höhere Löhne, um die persönliche Freiheit, um die Rechte der Arbeiter befinden. Bis jetzt ist es dem Fabrikanten nicht gelungen, durch Annoncen andere Arbeiter zu erhalten. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß diesem Vortritt auch ferner keine Folge gegeben wird. Deshalb die Parole: Zuzug fern und alle heute Abend zur Versammlung.

Eine große öffentliche Mäntelnäherinnen-Versammlung findet Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Salon, Andreasstr. 21, statt. Kaufleute und Schneidermeister, welche sich legitimiren, sind hiermit eingeladen. Sämtliche Mäntelnäherinnen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Eine Mitgliederversammlung der Kranken- und Sterbeunterstützungs-Kasse (Eing. Hilfskass. Nr. 2) des Vereins sämtlicher Berufsklassen findet am Sonnabend, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Löblow, Prinzenstr. 79 statt. Dasselbst werden neue Mitglieder aufgenommen, ebenso beim Kassirer Schuhmacher, Vaußgerstr. 1 III.

Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Am Sonntag, den 29. November 1885, Vormittags 10 1/2 Uhr, Große Generalversammlung sämtlicher Metallarbeiter im Palmensaal, Neue Schönhauserstraße 20. T. D.: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Versammlung macht das Erscheinen eines jeden Metallarbeiters zur absoluten Nothwendigkeit.

Altona, 25. November. Der hiesige Fachverein der Maurer hat beschlossen, einen neuen Lohnvertrag aufzustellen. In

demselben soll darauf hingearbeitet werden, daß auch die 34 perzent mitebezahlt werde. — Für die Hinterbliebenen der beim Häusersturz in der Cassamacherreihe Verunglückten ist eine große Summe gesammelt worden. 280 Mark davon sind zur Linderung der ersten Noth sofort abgeliefert, der Rest wird den Betroffenen zu Weihnachten ausgehändigt werden.

Zentral-Kranken- u. Kasse für Frauen und Mädchen in Deutschland. (E. D. Offenbach a. M.), Sonntag, den 28. d. M., findet eine öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen in Buldermann's Salon, Kommandantenstr. 71/72 statt. Tagesordnung: Der Ausschluß zweier Verbandsmitglieder resp. das Verhalten des Vorstandes der Verbandsstelle Berlin. Männer haben Zutritt! Da es sich um eine Ehrensache handelt, wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Ortsverein der Glacehandschuhmacher Berlins veranstaltet Sonnabend, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr, Invalidenstr. 16 bei Liebrecht, eine große Ortversammlung, wozu auch Nichtmitglieder eingeladen sind.

Verein sämtlicher Berufsklassen, Berlin I. Sonntag, den 28. d. M., Abends 8 Uhr, Münster 5. Versammlung. Tagesordnung: Kassenbericht, Geschäftsbericht. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß in dieser Versammlung die Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung entgegen genommen wird.

Der Fachverein der Möbelpolirer f. A. Mch. feiert am Sonnabend, den 28. d. M., in Biers Salon, Große Kottbuscherstr. 74-75, sein zweites Stiftungsfest. Bei stark beleuchteter Orchester findet großer Ball statt; außerdem treten mehrere der Tafelpause die ersten Berliner Konzertänger mit ihren vorragenden Gesangsvorträgen auf. Alle Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen.

Vereinigung der deutschen Schmiede. Sonnabend, den 28. November, in den Gratweil'schen Bierhallen, Mitgliederversammlung, zu welcher auch die Frauen der Mitglieder freundlichst eingeladen sind. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Canig über „Sicht und Rheumatismus“. 2. Wahl dreier Mitglieder in die Kommission zur Errichtung eines Arbeitsnachweisesbüros. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Mannheim, 24. November. Die Schieferbedeckungsgründeten gestern einen Fachverein. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, welcher die entsprechenden Statuten auszuarbeiten soll.

Vermischtes.

Astronomische Photographie. In den letzten Jahren sind so große Fortschritte im photographischen Verfahren gemacht worden, welche hauptsächlich der trockenen Collodionplatte zu verdanken sind, daß die Astronomen nunmehr eine neue Methode der Beobachtung zur Verfügung haben, deren Bedeutung fast der der Erfindung des Teleskop selbst gleichkommt. Sogar die Nebelstellen können mittelst der neuen Apparate fixirt werden. Draper ließ 1880 speziell zu diesem Zwecke einen eigenen Refraktor von 11 Zoll herstellen, mit welchem er in 147 Minuten 1882 die großen Nebelstellen des Orion aufnahm. Noch besseren Erfolg hatte 1883 Common mit einem Dreifach-Reflektor mit Spiegel aus verflüchtigtem Glas. In dieser Photographie erscheinen Sterne, die so schwach leuchten, daß sie kaum im großen Refraktor zu Washington sichtbar sind.

Unter den amerikanischen Israeliten ist eine Bewegung im Gange, aus Zweckmäßigkeitsgründen den wöchentlichen Feiertag von Sonnabend auf den Sonntag zu verlegen. Die Bewegung scheint Erfolg zu haben. Wie aus Pittsburg gemeldet wird, sagten die am 18. November dort versammelte Rabbiner der reformirten hebräischen Kirche eine Resolution des Inhalts, daß nichts im Geiste des Judenthums oder irgend welche Gesetze die Abhaltung von Gottesdiensten an Sonntagen verhindere.

Theater.

- Obernhaus.**
Deute: Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
- Schauspielhaus.**
Deute: Der verunschuldete Prinz. Vorher: Das Tagebuch.
- Deutsches Theater.**
Deute: Das Fräulein von Sciglière.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.**
Deute: Offenbach-Cyclus. Orpheus in der Unterwelt.
- Residenz-Theater.**
Deute: Clara Soleil. Vorher: Der Sterngucker.
- Baller-Theater.**
Deute: Unter uns. Hierauf, zum 9. Male: Der Vielgeliebte.
- Belle-Alliance-Theater.**
Deute: Korymb-Pörrig.
- Balhalla-Operetten-Theater.**
Deute: Don Cesar.
- Viktoria-Theater.**
Deute: Messalina.
- Central-Theater.**
Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.
Deute: Zum 118. Male: Die wilde Rabe. Gesangsprobe in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.
- Louisenstädtisches Theater.**
Direktion: Joh. Firmans.
Deute: Martha, oder: Der Markt zu Richmond.
- Ostend-Theater.**
Deute: Dorf und Stadt.
- Königsstädtisches Theater.**
Deute: Gasspiel der Hippolytaner. Die kleine Baronin.
- Theater der Reichshallen.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
- American-Theater.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
- Kaufmann's Varieté.**
Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
- Konfordia.**
Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatraische Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Ballettheaterstraße 15.
Deute und folgende Tage:
Berlin,
wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten und 10 Bildern von G. F. Berg und D. Kallisch. Regie: Herr A. Seefeld.
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Bochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bonds haben Bochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

August Herold
Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.
Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung.

Mahr's Casino.
Oranienstraße 24. Raunynstraße 65a.
Täglich: **Große Spezialitäten-Vorstellung.**
Neu! Auftreten des berühmten Mignon-Tänzerpaars Geschwister Kostit, des Transformationskünstlers Hrn. Fißfell, des urolomischen Wills, der Wiener Duetlisten Geschwister Franke, der Chansonetten Fel. Bären, Pazarini, Krüger, sowie Spezialitäten 1. Ranges. Näheres die Tagesprogramme.
Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Eine Wanderung durch Afrika. Savonen und eine bequeme Montblanc-Besteigung. Gertha-Keife. Karolinen-Palau-Inseln u. a. Reise 20 Bg. Kinder nur 10 Bg. Familienbillet. [2820]

Pränscher's
anatomisches Museum
im rothen Schloss
von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Freitag ganzer Tag **Damentag.**

Central-Kranken etc. -Kasse für Frauen
und Mädchen in Deutschland (E. D. Offenbach a. M.).
Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 3 1/2 Uhr präzis, öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen, in Buldermann's Salon, Kommandantenstr. 71/72. — Männer haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [58] Der Einberufer.

Öffentliche Versammlung
der Steinträger Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 29. November 1885,
in Silbers Salon, Schwedter-Straße Nr. 23.
Tages-Ordnung: [56]
1. Bred und Befriedungen der Fachvereine. Referent Herr Heinrich Röbke.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist nothwendig.
J. A.: B i l h. R o a d, Vaußgerstr. 39.

Sonntag, den 29. November, Vormittags 10 Uhr.
findet in der
„Tonhalle“, Friedrichstraße 112,
die letzte diesjährige
General-Versammlung
der Maurer Berlins und Umgegend
statt.

- Tages-Ordnung:
1. Endgiltige Beschlußfassung über unsere Lohnbewegung resp. Lohnforderung im nächsten Frühjahr 1886.
2. Verschiedenes.
Früh auf, Kameraden! alle Mann am Plage!
Die Lohnkommission. J. A.: F. B i l l e. [59]

Vereinigung deutscher Schmiede.
Sonnabend, den 28. November 1885, Abends 8 1/2 Uhr.
Bersammlung
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/78.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Canig über: „Sicht und Rheumatismus“. Wegen des gemeinnützigen Vortrages werden auch die Frauen der Mitglieder freundlichst eingeladen. Gäste sind willkommen. [54] Der Vorstand.

Große Versammlung
des Fachvereins für Schlosser u. Berufslegen.
am Sonnabend, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr.
in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/78.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn Ferd. Ritter.
2. Diskussion. — Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes und Fragelasten.
Gäste haben Zutritt. [57] Der Vorstand.

Arbeitsmarkt.
Geübte Stuhlrechterinnen werden verlangt bei
Ferkau, Stallgerstr. 106, part. [60]